

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 17+34+35+39+43 – Europaschulen, europapolitische Schwerpunkte und EU-Finanzrahmen

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Dazu sagt der europapolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Rasmus Andresen**:

Nr. 214.18 / 13.06.2018

Europa ist großartig

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren,

Europa ist großartig - für Jede*n persönlich, durch kulturellen Austausch, wegen der garantierten Freiheitsrechte und für die Lösung zentraler Zukunftsthemen wie den Klimawandel, den sozialen Zusammenhalt und die Digitalisierung.

Der Nationalstaat wird keine Lösungen mehr liefern können, denn die Themen der Zukunft gehören Europa und seinen Regionen. Der Brexit, die Blockadehaltung in der Migrationspolitik und Rechtsstaatsfragen in Ungarn wie in Polen lähmen die EU.

Gerade die Diskussion um den zukünftigen EU-Haushalt bietet aber auch Chancen, um gemeinsame Zukunftsprojekte zu definieren. Viele der wichtigen Zukunftsthemen werden im Europabericht der Landesregierung behandelt. Vielen Dank für den ausführlichen Bericht.

Wir Schleswig-Holsteiner*innen stehen zu den Werten der Europäischen Union. Seit der Hanse, der Aufnahme von circa einer Million Menschen aus Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg und durch unsere Minderheiten wissen wir, wie wichtig es ist, sich Anderen gegenüber zu öffnen.

Wer echte Lösungen für Klimaschutz, ein Europa ohne Armut und eine regional verankerte EU will, muss bereit sein, in Europa zu investieren. Die Grundlage dafür ist der EU-Haushalt.

Wenn die Aufgaben für Europa wachsen, muss auch mehr Geld zur Verfügung gestellt werden. Gerade für den ländlichen Raum und für viele Projekte brauchen wir die Struk-

turmittel der EU. Wir Grüne unterstützen die Forderung der EU, etwas mehr als 1,11 Prozent des Bruttoinlandsprodukts von allen Mitgliedsstaaten zur Verfügung zu bekommen.

Jedem*r Bundesbürger*in kostet die EU-Mitgliedschaft pro Tag genauso viel wie 1/3 Cappuccino. Das ist gut investiertes Geld. Wir können uns aber auch vorstellen, dass sich die EU zukünftig durch andere Quellen finanziert. Durch eine europäische Vermögensabgabe könnten Projekte zur Armutsbekämpfung finanziert werden. Dies gilt auch für lückenlose soziale Absicherung für Grenzpendler*innen.

Es kann nicht sein, dass Menschen, die ihren Wohnort in einem Land und den Arbeitsplatz in einem anderen haben, sozial schlechter abgesichert sind als wenn Wohn- und Arbeitsort im selben Land sind. Statt immer nur ökonomische Fragen in der EU zu thematisieren, muss die EU ein Ort werden, in der soziale Teilhabe für alle garantiert ist. Von Kiel-Gaarden bis Sizilien. Europa sollte die Regionen stärken, unabhängig von nationalen Grenzen.

Kommunen sollten beispielsweise stärker direkt unterstützt werden, wenn sie wichtige Zukunftsaufgaben wie die Klimaziele oder die Integration angehen. Da wir uns auf weniger Strukturmittel für Schleswig-Holstein einstellen müssen, sollten wir klare Ziele mit europäischem Mehrwert entwickeln.

Wir sollten aus Schleswig-Holstein heraus Ideen entwickeln, wie wir uns mit Skandinavien, Polen und den baltischen Ländern als gemeinsame europäische Region aufstellen. Wir Grüne wollen die Ostsee zur EU-Modellregion für ökologische und digitale Innovationen machen. Ein digitales und ökologisches Valley. Gemeinsame Start-Up-Camps oder Stipendienprogramm zu fördern, in denen Gründer*innen aus dem Ostseeraum sich gegenseitig inspirieren und neue Ideen entwickeln, können dafür die Grundlage legen.

Klima- und umweltpolitisch können wir an der Ostsee viel mehr erreichen. Statt auf das Nordstream-Projekt sollten wir auf den Ausbau von erneuerbaren Energien in allen Ostseeregionen setzen und die Ostsee besser schützen. Die Nähr- und Schadstoffbelastung, die Vermüllung und auch das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten in und an der Ostsee sind besorgniserregend. Eine aktive EU-Regionalpolitik sollte Ziele und Umsetzungsmaßnahmen gemeinsam mit allen Ostsee-Anrainerstaaten konkret entwickeln. Die Absichtserklärungen aus der Vergangenheit reichen nicht aus.

Für uns Grüne ist Europa ein Ort der Menschenrechte und Demokratie. Deshalb kann es uns nicht kalt lassen, was in den Nachbarländern passiert. Ich war am Wochenende zu politischen Gesprächen und Unterstützung der Pride in Warschau. Städte wie Kiel oder Flensburg haben enge Verbindungen nach Danzig und Slupsk. Das Handelsvolumen zwischen Polen und Schleswig-Holstein beträgt jährlich mehrere Milliarden Euro.

Es ist beängstigend, wie stark Lesben, Schwule, Trans* und Inter* bei unseren polnischen Nachbarn diskriminiert werden. Der Staat behindert aktiv Antidiskriminierungsarbeit und Rechtsextreme greifen LGBTI* gewalttätig an. Aber auch die Debatten zu Frauenrechten oder der Justizreform zeigen, dass die polnische Regierung Demokratie und Menschenrechte mit den Füßen tritt.

Es gibt den Wunsch der Zivilgesellschaft nach Unterstützung. Beispielsweise durch Austauschprogramme für Menschenrechtsaktivist*innen, aktiven Jugendaustausch zwischen unseren Ländern oder durch politische Diskussionen über Menschenrechtsfragen

in den Ostseegremien. Wir sollten grundsätzlich überlegen, wie wir mehr europäischen Austausch organisieren und eine aktive Nachbarschaftspolitik gestalten. Dies gilt auch für unsere Partnerregion Pays de Loire, mit vielen Städtepartnerschaften und auch im Bildungsbereich.

Dazu ist es vollkommen richtig, liebe SPD-Fraktion, die Europaschulen zu stärken. Allerdings reicht uns das nicht aus. Wir wollen die internationalen Kooperationen an unseren Schulen insgesamt stärken. Dazu bitten wir die Landesregierung ein Konzept zu erarbeiten. Wir Grüne erwarten, dass dieses im Herbst vorliegt und dann im Ausschuss berichtet wird.

Denn: Europa muss konkret gestaltet werden. Die Sonntagsreden müssen ein Ende haben
